

ANTHONY B. ATKINSON



UNGLEICHHEIT

WAS WIR DAGEGEN
TUN KÖNNENATKINSON, A. B.:
UNGLEICHHEIT. WAS WIR
DAGEGEN TUN KÖNNENKlett-Cotta,
Stuttgart 2016ISBN 978-3-608-94905-6
474 Seiten, 26,95 €

Die empirische wirtschaftswissenschaftliche Forschung weist schon seit Längerem nach, dass es in zahlreichen Ländern seit den 1970er/80er Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Ungleichheit gekommen ist. Das gilt für die zunehmende Ungleichheit bei Löhnen und Gehältern, es gilt aber auch für die Einkommen insgesamt und – meist noch ausgeprägter – für die Vermögen.

Der bekannte empirische Befund hat zunächst nicht dazu geführt, dass sich die Ökonomen veranlasst sahen, sich verstärkt dem Thema der Ungleichheit (wieder) zuwenden – ein Untersuchungsgegenstand, der zwar bei den ökonomischen Klassikern im Zentrum stand, danach aber vom ökonomischen Mainstream zum Randthema erklärt worden ist.

Das hat sich inzwischen geändert. Unter anderem hat der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz mit seinen Publikationen dazu beigetragen, dass dem Problem wachsender Ungleichheit wieder stärkere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der wirkliche Durchbruch kam aber mit Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“.

Sowohl Stiglitz wie auch Piketty haben mit einem Ökonomen zusammengearbeitet und mit ihm gemeinsam wichtige Arbeiten veröffentlicht, dessen Namen einer breiten Öffentlichkeit weniger bekannt sein dürfte, der in der ökonomischen Profession aber als die große Kapazität in Sachen Einkommens- und Vermögensverteilung anerkannt ist: Anthony B. Atkinson. Über fast 50 Jahre hinweg hat sich Atkinson, der Anfang 2017 verstorben ist, mit diesen Fragen beschäftigt – unbeirrt von der lange fehlenden Resonanz.

Sein 2015 bei der Harvard University Press erschienenes Buch „Inequality. What Can Be Done?“ liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor. Der Untertitel verweist schon auf den Schwerpunkt dieser Arbeit, der in konkreten und näher begründeten Vorschlägen zur Reduktion der Ungleichheit besteht. Atkinson, der die Ungleichheit so gründlich erforscht hat wie nur wenige andere, geht es in diesem Werk also nicht primär darum, seine eigenen Forschungsergebnisse und die anderer – oft von ihm angeregter – Wissenschaftler darzustellen. Vielmehr möchte er seine Autorität und Erfahrung, aber auch seine soziale Phantasie einbringen, um einen weiteren Anstieg der Ungleichheit zu stoppen und eine Umkehr einzuleiten.

Das Buch besteht aus drei Teilen: *Diagnose, Vorschläge zum Handeln, Kann es gelingen?* Im ersten Teil wird man mit einer Fülle von empirischen Informationen versorgt, die über Ausmaß und Entwicklung der Ungleichheit informieren. Während Piketty in seiner Untersuchung dabei vor allem auf die Spitzeneinkommen und -vermögen sowie deren Veränderungen in verschiedenen Perioden abstellt, vermittelt uns Atkinson ein breiteres Bild von Ungleichheit und deren Entwicklung. Er zeigt etwa, wie stark sich die Ungleichheit in verschiedenen Ländern unterscheidet: So wies 2010 Schweden für das gewichtete („äquivalisierte“) verfügbare Haushaltseinkommen einen Gini-Koeffizienten von 23,7 % auf, Südafrika dagegen einen von 59,4 %. Deutschland lag mit knapp 30 % unter 40 aufgeführten

Ländern auf Platz 14. Man erfährt aber auch, wo und wann sich Ungleichheit in die eine oder die andere Richtung verändert hat und wie stark diese Veränderungen ausgefallen sind. Daneben werden Arms- und Armsgefährdungsquoten und deren Veränderungen ausgewiesen, auf der anderen Seite aber auch der Anteil von Spitzeneinkommen und wie sich dieser im Verlauf der Entwicklung verändert hat. Das alles zusammen vermittelt eine eindrucksvolle Kartographie der Ungleichheit und ihrer Dynamik.

Wie schon Piketty kommt Atkinson zu dem Ergebnis, dass im 20. Jahrhundert das Ausmaß an Ungleichheit zunächst zurückgegangen ist. Dieser Trend zu mehr Egalität bei Einkommen und Vermögen ist allerdings in vielen Ländern um 1980 beendet und von einem gegenteiligen abgelöst worden, der in einem Wiederanstieg der Ungleichheit bestand und bis heute nicht revidiert worden ist. Diese „Ungleichheitswende“ („inequality turn“) ist es vor allem, die Atkinsons Antrieb erklärt: Wenn es vor dieser Wende möglich war, eine Reduktion der Ungleichheit zu erreichen, warum sollte man dann eigentlich die danach einsetzende Entwicklung als unvermeidliches Schicksal hinnehmen, gegen das sich aufzulehnen ganz vergeblich sei? Den Hinweis auf die inzwischen fortgeschrittene Globalisierung jedenfalls lässt Atkinson nicht gelten. Ganz entschieden widerspricht er der defätistischen Vorstellung, dass auf nationalstaatlicher Ebene gar nichts mehr zu erreichen sei.

Die *Vorschläge zum Handeln*, die im zweiten Teil vorgelegt werden und den Kern dieses Buchs darstellen, sind jedenfalls Empfehlungen für eine national betriebene Wirtschaftspolitik und werden unter Zugrundelegung des institutionellen Rahmens entwickelt, der für Großbritannien gilt – was aber keineswegs bedeutet, dass sie für andere Länder irrelevant sind. Für andere institutionelle Arrangements müssten sie allerdings teilweise modifiziert werden. Natürlich wäre es für einige der Vorschläge hilfreich, wenn eine verstärkte internationale Zusammenarbeit stattfände. Angesichts der gestiegenen Ungleichheit ist es für Atkinson aber nicht akzeptabel, die Hände so lange in den Schoß zu legen, bis es zu solchen – nach dem Brexit noch fraglicher gewordenen – Fortschritten in der internationalen Kooperation kommt.

Insgesamt sind es 15 Vorschläge, die vorgelegt werden, um die Ungleichheitswende zu stoppen und eine Trendumkehr auf den Weg zu bringen. Dazu kommen noch einige „erwägenswerte Ideen“. Die Vorschläge – auf die hier nur ganz selektiv eingegangen werden kann – beschränken sich keineswegs nur auf umverteilende Maßnahmen, also im Wesentlichen Änderungen bei Steuern und Transferausgaben, mit denen erreicht werden soll, dass die verfügbaren Einkommen deutlich gleichmäßiger als die Markteinkommen verteilt sind. Atkinson will vielmehr auf ganz unterschiedlichen Ebenen ansetzen, insbesondere will er mit seinen Vorschlägen auch die Markteinkommen beeinflussen. Das zeigt sich gleich bei seiner ersten Empfehlung, die bei einer unter Ökonomen weitverbreiteten Erklärung für die gestiegene Ungleichheit ansetzt: dem technischen Wandel. Zumaldest für die zuneh-

mende Lohnungleichheit ist es beliebt, sie mit einem „skill-biased technical progress“ zu erklären, also mit einer Verzerrung des technischen Fortschritts, der immer mehr qualifizierte und immer weniger gering qualifizierte Arbeitskräfte erfordert. Daraus wird dann, zumindest implizit, der Schluss gezogen, dass man dem wie einem Naturereignis ausgesetzt sei und nichts dagegen tun könne.

Atkinson sieht das anders: Der Staat könne durchaus Einfluss auf die Richtung des technischen Fortschritts nehmen. Er sei es, der fast ausschließlich die Grundlagenforschung finanziere und allein schon das bedeute, dass ihm eine erhebliche Rolle für die Art und Weise zukommt, wie in der Zukunft produziert und gearbeitet wird. Und er müsse seine Einflussmöglichkeiten auch nutzen, da die oft an kurzfristigen Gewinninteressen orientierten Unternehmensentscheidungen auf den Beifall einzelner gesellschaftlicher Gruppen zielten, wohingegen den Interessen anderer keine Beachtung geschenkt werde und insofern Ergebnisse zustande kommen könnten, die keineswegs allen zugutekämen.

Schon dieser erste Vorschlag belegt Atkinsons Auffassung, dass eine erfolgreiche Bekämpfung der (fortschreitenden) Ungleichheit eine Aufgabe ist, mit der sich nicht nur ein Ministerium für Soziales zu befassen hat, für die vielmehr ganz unterschiedliche Ressorts Verantwortung übernehmen müssen, aber auch das Parlament, indem es entsprechende Gesetze beschließt. Das gilt beispielsweise auch für seinen Vorschlag, Gegenmacht zu stärken. In Großbritannien sind unter Thatcher die Gewerkschaften ja dramatisch geschwächt worden, sodass es hier vor allem darum geht, deren Rechte und Handlungsmöglichkeiten wieder deutlich zu verbessern.

Um Ungleichheit erfolgreich bekämpfen zu können, muss insbesondere auch auf Arbeits- und Kapitalmärkte eingewirkt werden. Befürwortet wird z. B. eine staatliche Beschäftigungsgarantie, die Arbeitslosen oder Personen mit geringfügiger Beschäftigung Arbeitsmöglichkeiten zum Mindestlohn bei staatlichen Stellen oder ausgewählten Organisationen zur Verfügung stellt.

Für den Kapitalmarkt werden zwei – sicher nicht unkontroverse – Vorschläge gemacht: zum einen, den Kleinsparern staatliche Sparbriefe mit einem garantierten positiven Realzinssatz anzubieten. Das ist angesichts der heutigen Situation, in der Kleinsparer – von der Politik aufgefordert, individuelle Altersvorsorge zu betreiben – regelmäßig einer negativen Realverzinsung ihrer Ersparnisse ausgesetzt sind, sicher bedenkenswert.

Der zweite vorgeschlagene Kapitalmarkteingriff wird sicher noch mehr Kritiker auf den Plan rufen: Statt, wie einst Erhard, recht wolkig „Wohlstand für alle“ zu fordern, propagiert Atkinson die wesentlich konkretere Forderung: „Erbschaft für alle“. Konkret lautet sein Vorschlag: Mit Erreichen der Volljährigkeit sollte jeder eine Kapitalausstattung (ein Mindesterbe) erhalten.

Über einen solchen Vorschlag ließen sich nun alle möglichen, mehr oder weniger gelungenen Witze reißen, etwa: Sollen Steuerzahler dafür sorgen, dass jeder an seinem 18. Geburtstag auf Staatskosten eine rauschende Party feiern

darf? Tatsächlich wird aber auf ein durchaus ernstes Problem verwiesen: Ein vergleichsweise kleiner Teil der Bevölkerung erbt Vermögen (in sehr unterschiedlicher Höhe), ein großer Teil gar nichts. Hier zumindest einen gewissen Ausgleich zu schaffen, ist eine staatliche Aufgabe. Ob ein Mindesterbe, und das beim Erreichen der Volljährigkeit, der richtige Ansatz ist, muss sicher genauer diskutiert werden, ebenso die Frage, ob nicht bezüglich der Verwendung Beschränkungen festgelegt werden sollten. Angesichts der unbestreitbaren Tatsache, dass Erbschaften in der gegenwärtigen Form die Vermögenskonzentration immer weiter vorantreiben, sollte man Vorschläge wie diesen aber allemal gründlich prüfen.

Jemand wie Atkinson vergisst natürlich nicht, dass bei solchen kostenverursachenden Vorschlägen auch Auskunft gegeben werden muss, wie sie finanziert werden sollen. Er schlägt dafür eine wieder deutlich progressiver ausgestaltete Einkommensteuer mit einem Spaltensteuersatz von 65 % vor, eine Kapitalzugangssteuer auf Erbschaften und Schenkungen sowie eine proportional oder progressiv steigende Grundsteuer auf den – möglichst aktuellen – Immobilienwert.

Im dritten Teil wird schließlich auf die Machbarkeit der Vorschläge eingegangen und es wird – zwar nicht für alle, aber doch für einige der Vorschläge – genauer überprüft, welche Gewinner und Verlierer es dabei geben wird.

Jedem, der an dem Thema der Ungleichheit interessiert ist, möchte man dieses Buch eigentlich vorbehaltlos empfehlen – besonders dringlich Politikern. Eine kritische Anmerkung gibt es allerdings. Diese ist jedoch nicht an den Autor, sondern den Verlag gerichtet, der Atkinsons Buch in deutscher Sprache herausgebracht hat: Die Übersetzung lässt erheblich zu wünschen übrig. Sie enthält – ohne dass das hier aus Platzgründen näher belegt werden kann – zahlreiche Fehler oder Ungenauigkeiten, die zeigen, dass die sorgfältige Korrektur, die vor einer Veröffentlichung hätte durchgeführt werden müssen, nicht stattgefunden hat. Das ist bei diesem wichtigen Buch höchst bedauerlich und lässt nur hoffen, dass vom Verlag noch einmal nachgebessert wird. ■

PETER KALMBACH, Schondorf